

Positionierung des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V. (BeN) zur Erstellung von entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Bremen

Wir begrüßen die bisherigen Anstrengungen des Landes Bremen und die Erfolge, die in den letzten Jahren im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erreicht wurden. Ebenso sehen wir den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12.6.2014 zum Beitrag der deutschen Länder zur Post-2015-Agenda für eine nachhaltige und globale Entwicklung als ein wichtiges Signal für die Entwicklungszusammenarbeit. Die Etablierung von entwicklungspolitischen Leitlinien in Bremen bietet die Gelegenheit, die bislang geleistete Arbeit zu reflektieren und zukunftsorientiert auszurichten. Zeitlich passend zur Etablierung der Leitlinien in Bremen sollen 2015 sogenannte Sustainable Development Goals die bisherigen Millennium Development Goals (MDGs) ersetzen. Ein neuer Gedanke, der etabliert werden soll, sind konkrete und messbare Ziele für die Länder des globalen Nordens. Notwendig ist in diesem Zusammenhang ein grundsätzlicher Bewusstseinswandel, der die Grenzen des Wachstums anerkennt und das Handeln daran orientiert. Angesichts einer weltweiten Verknappung von Ressourcen muss deren Nutzung nachhaltig und gerecht gestaltet werden, vor allem durch einen geringeren Verbrauch im globalen Norden. Bezüglich der Ausarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien durch das Land Bremen möchte das BeN auf die Beachtung folgender Punkte hinwirken:

Globale Entwicklungspartnerschaft und Verantwortung der Länder des globalen Nordens

Eine nachhaltige und gerechte Entwicklung erfordert eine ernsthafte globale Entwicklungspartnerschaft, bei der die Länder des Nordens ihre Verantwortung annehmen und ihren Pflichten nachkommen müssen. Konkret heißt dies für Länder und Kommunen, dass sie im Bereich der Bewusstseins- und Bildungsarbeit die Bevölkerung für notwendige Strukturanpassungsmaßnahmen der Industrieländer sensibilisieren. Eine nachhaltige und gerechte Entwicklung kann es ohne materielle Einschränkungen des globalen Nordens nicht geben. Länder und Kommunen sind hierbei elementarer Bestandteil, da sie eine große Nähe zu den Bürger_innen, der Wirtschaft und anderen wichtigen Stakeholdern aufweisen. Um den notwendigen Bewusstseinswandel vor Ort herbeizuführen, der sich an einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung orientiert, muss das zivilgesellschaftliche Engagement im Land Bremen weiter gestärkt werden.

Wir fordern daher:

- *Eine inhaltliche Stärkung der Bewusstseins- und Bildungsarbeit, insbesondere durch die Bremer Wissenschafts- und Bildungspolitik, für die Bereiche „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Globales Lernen“*
- *Eine besondere Fokussierung bei der Bremer Politik, insbesondere der Bildungspolitik auf die drei Zielgruppen ehrenamtlich Engagierte, Jugendliche bzw. junge Erwachsene und Menschen aus der migrantischen Diaspora.*

Eine globale Entwicklungspartnerschaft lebt auch von gegenseitigem Austausch, Unterstützung und gemeinsamem Lernen. Hier sind die Städtepartnerschaften Bremens und die Aktivitäten im Bereich der Nord-Süd-Solidarität positiv hervorzuheben. Allerdings gilt es die entwicklungspolitische Dimension weiter zu fördern.

Wir fordern daher:

- *Überprüfung aller Städtepartnerschaften auf entwicklungspolitische Relevanz und Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Stakeholder in Austausch- und Lernprozesse, sofern noch nicht geschehen. Dies gilt insbesondere für Partnerschaften mit den Städten Durban/Südafrika, Dalian/China, Izmir/Türkei, Pune/Indien und Windhoek/Namibia.*

Ebenso müssen die Anstrengungen Bremens, die öffentliche Auftragsvergabe an soziale und ökologische Kriterien zu knüpfen, weiter vorangetrieben werden. Es ist begrüßenswert, dass das Land Bremen in Deutschland Vorreiter in diesem Bereich ist. Damit dies so bleibt, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden.

Wir fordern daher:

- *Den Beschluss eines ambitionierten Zeitrahmens, damit perspektivisch alle Einkäufe der öffentlichen Hand nach diesen Kriterien getätigt werden.*
- *Den Erhalt personeller Kapazitäten, insbesondere für den Bereich der sozialen Kriterien, um bei der Auftragsvergabe die gesetzten Ziele erreichen zu können.*

Verschränkung von Umwelt- und Entwicklungsbereich

Nachhaltigkeit macht es aus unserer Sicht erforderlich, den Entwicklungs- und den Umweltbereich stärker zu verschränken. In diesem Zusammenhang müssen die Bemühungen um einen an Umweltschutzkriterien ausgerichteten, regionalen und fairen Handel intensiviert werden.

Wir fordern daher:

- *Die Erarbeitung einer Strategie zur Umsetzung des Themas bio-regional-fair in der Metropolregion Bremen/Oldenburg - in Bezug auf Politik und Verwaltung und weitere Stakeholder wie Konsument_innen, Landwirtschaftsbetriebe, Handel und Zivilgesellschaft.*
- *Die perspektivische Umstellung der Verpflegung aller Bremer Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Schulen und Kantinen in öffentlicher Einflussosphäre auf biologische, regionale und faire Produkte. Hierfür ist ein Aktionsplan zu erstellen.*

Darüber hinaus muss das Land Bremen seiner Verantwortung für eine globale Klimagerechtigkeit nachkommen. Das bedeutet: Das bremische Klima- und Energieprogramm 2020, welches am 15.12.2009 durch den Bremer Senat beschlossen wurde, konsequent umzusetzen.

Wir fordern daher:

- *Die bremischen CO₂-Emissionen müssen bis 2020 um mindestens 40% gegenüber 1990 reduziert werden.*

Maßnahmen zur Rüstungskonversion und Stopp von Rüstungsexporten

Die globalen Krisen der letzten Zeit haben wieder einmal gezeigt, dass militärische Auseinandersetzungen nicht zu politischen Lösungen beitragen. Die Verbreitung von Rüstungsgütern schafft überhaupt erst die materiellen Möglichkeiten, Konflikte mit Gewalt auszutragen.

Wir fordern daher:

- *Eine Bundesratsinitiative unter der Zielsetzung eines Stopps aller Rüstungsexporte.*
- *Den Stopp von Rüstungsexporten über bremische Häfen bei gleichzeitigen substantiellen Anstrengungen zur Rüstungskonversion, gerade auch auf Bundesebene.*

Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen und bessere Integration von Migrant_innen in unsere Gesellschaft

Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen und insbesondere die regionale Verteilung von Flüchtlingen zeigen, dass Europa seiner Verantwortung nicht gerecht wird. Neben der konsequenten Bekämpfung von Fluchtursachen sind die Bedingungen für die hier lebenden Flüchtlinge zu verbessern.

Wir fordern daher:

- *Das Land Bremen muss sich auf Bundesebene für eine großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen, für die Abschaffung der Residenzpflicht und für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge einsetzen.*
- *Eine Erleichterung der Teilnahme an schulischer Bildung und Integrationskursen; einen verbesserten Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt und zur gesundheitlichen Versorgung, auch für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus.*

Die migrantische Diaspora ist in Bremen sehr lebendig und äußert sich verstärkt zu entwicklungspolitischen Themen. Diese erfreuliche Entwicklung sollte auch von Seiten des Landes unterstützt werden.

Wir fordern daher:

- *Das Land Bremen sollte seine entwicklungspolitischen Aktivitäten – vor allem im globalen Süden – verstärkt für diese Zielgruppe öffnen und die Beteiligung der migrantischen Diaspora offensiv unterstützen. Dies gilt besonders für das länderspezifische Know-How der in Bremen lebenden migrantischen Diaspora.*

Politikkohärenz

Für die Gestaltung einer nachhaltigen und gerechten globalen Entwicklung für die Welt der Zukunft ist ein kohärentes, aufeinander abgestimmtes Handeln unterschiedlicher Politikfelder unerlässlich. Die in den Leitlinien formulierten Ziele müssen mit allen betroffenen Ressorts abgestimmt und umgesetzt werden. Die Verantwortung für die Erfüllung der Leitlinien liegt nicht alleine bei der EZ-Abteilung des Landes Bremen, sondern betrifft den gesamten Senat, insbesondere wenn die Aufgabenbereiche Wirtschaft, Finanzen, Gesundheit, Soziales, Inneres, Umwelt, Kultur oder Bildung betroffen sind.

Wir fordern daher:

- *Eine regelmäßige und ressortübergreifende Überprüfung der Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien.*

Das BeN unterstützt und berät den Senat und die Bremer Bürgerschaft gerne bei der Umsetzung dieser Forderungen.